



VEREINIGUNG PHARMAFIRMEN
IN DER SCHWEIZ
ASSOCIATION DES ENTREPRISES
PHARMACEUTIQUES EN SUISSE
Baarerstrasse 2, Postfach 4856, 6304 Zug

Medienmitteilung

Enttäuschender gesundheitspolitischer Entscheid des Bundesrates

Zug, 29. April 2015 Die vips Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz ist überrascht und sehr enttäuscht über den heutigen Bundesratsentscheid über ein neues Medikamenten-Preisfestsetzungssystem. Mit Ordnungsänderungen sollen die Ausgaben für Medikamente in der Grundversicherung stabilisiert werden. Positiv zu vermerken ist, dass künftig der Nutzen eines Medikamentes bei der Preisfestsetzung etwas stärker gewichtet werden soll als bisher. Tatsächlich zielen jedoch die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen grossmehrheitlich auf eine verstärkte Übernahme ausländischer Regulierungen bei der Festsetzung der Medikamentenpreise verbunden mit einer erhöhten Abhängigkeit von Wechselkursentwicklungen ab, was sich nach der Abkoppelung des Frankenkurses vom Euro massiv verschärfend auswirken wird. Das neue Preismodell hat eine Tiefpreispolitik für Medikamente in der Schweiz zum Ziel; das Preisniveau in der Schweiz, das sich heute auf demjenigen der aktuellen sechs Vergleichsländer bewegt, soll weiter gedrückt werden, ungeachtet des Preis- und Kostenniveaus in der Schweiz, das im Vergleich zu den sechs Ländern etwa 34% höher liegt. Die vips ist über den Entscheid des Bundesrates umso mehr überrascht, als seine Massnahmenvorschläge in der Anhörung auf starke Ablehnung von Kantonen, politischen Parteien, Wirtschaftsverbänden und Organisationen des Gesundheitswesens stiess. Ebenso wurde parlamentarischen, vom Bundesrat auch unterstützten Vorstösse zum neuen Preismodell keine Rechnung getragen. Das neue vom Bundesrat verabschiedete Tiefpreismodell wird mittelfristig für das schweizerische Gesundheitswesen und die Volkswirtschaft negative Konsequenzen haben. Mit dem angekündigten Preismodell ist die weitere Verfügbarkeit sehr preisgünstiger Medikamente und die Einführung neuer, innovativer Medikamente gefährdet. In der Beantwortung der Interpellation von Nationalrat Jean-François Steiert (14.3993) hielt der Bundesrat richtigerweise fest, dass mit tieferen Preisen in der Schweiz „eine Versorgung der Schweizer Bevölkerung möglicherweise nicht mehr sichergestellt“ wäre. Erste Anträge für den Rückzug von Medikamenten aus der Spezialitätenliste sind denn auch bereits schon an das Bundesamt für Gesundheit gerichtet worden. Dies wird für bestimmte Medikamente zwangsläufig zu einer Zweiklassengesellschaft führen. Kritische Folgen wird der Bundesratsentscheid auch für die Pharmaunternehmen, vorab die kleinen und mittelgrossen, in der Schweiz produzierenden sowie für ihre Zulieferer haben. Sie werden unter dem wachsenden Kostendruck Einsparungen bei Strukturen und Löhnen vornehmen müssen. Weitere Arbeitsplätze werden abgebaut oder ins Ausland verlagert. Kantone, politische Parteien und Wirtschaftsverbände haben die Behörden rechtzeitig auf diese Risiken aufmerksam gemacht. Die vips wird sich dafür einsetzen, dass die Versorgung mit Medikamenten in der Schweiz weiterhin gewährleistet werden kann, wenn auch nicht mehr auf dem heute sehr guten Qualitätsniveau für alle Patienten.

Für Informationen: Walter P. Hölzle, Präsident, Thomas Binder, Geschäftsführer, Tel. 041 727 67 80